Aktuelle Debatte 22.06.2023

Redebeitrag AfD, Mertens

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Beigeordnete, Stadträte sowie Bürger der Stadt Magdeburg.

Probleme einfach aussitzen.

Nichts oder fast nichts tun und einfach auf das Beste hoffen. Was in den 16 Jahren Merkel in migrationspolitischen Fragen Regierungspolitik war, führt die Ampel konsequent fort. So fahrlässig wie zu erwarten.

Dementsprechend sind die Meldungen Land auf, Land ab. Götz Ulrich, Präsident des Landkreistages Sachsen-Anhalt und Mitglied der CDU konstatiert in der Mai Ausgabe von „Landkreis Aktuell“: „Die Plätze in der Zentralen Erstaufnahmestation des Landes in Halberstadt sind so weit ausgelastet, dass den Landkreisen auch Asylbewerber unabhängig von der Bleibeperspektive zugewiesen werden. Dies wollte das Land eigentlich unbedingt verhindern.“

Die Frage muss dann erlaubt sein, ob Land und Kommunen tatsächlich derart ihren Einfluss geltend gemacht haben. Oder ob es, wie so oft, nur viel Gerede für die Presselandschaft war.

Auch der sogenannte „Flüchtlingsgipfel“ vom 16. Februar diesen Jahres, hat dann neben viel heißer Luft leider lediglich vier Arbeitsgruppen hervorgebracht. Getreu dem Motto: „Wenn du nicht weiterweißt, gründe einen Arbeitskreis“.

Dabei wäre eine Lösung hier dringend geboten gewesen, ächzt nicht nur Sachsen-Anhalt, sondern ganz Deutschland unter dem nicht enden wollenden Andrang von Asylantragstellern. Seit 2013, also seit nunmehr 10 Jahren, hatten wir kein Jahr, in welchem die Zahl der Asylantragsteller Deutschlandweit unter die 100.000 Marke gefallen wäre. Von Spitzenwerten von über 700.000 im Jahr 2016 ist da noch gar nicht groß die Rede. Dabei sind die Hauptherkunftsländer auch im Jahr 2023 Syrien, Afghanistan, die Türkei, Iran und der Irak sowie eine Vielzahl afrikanischer Staaten. Wir als AfD fragen uns: „Mit wie vielen dieser Staaten teilt Deutschland eigentlich eine Grenze?“ Sogar der SPD-Bundeskanzler Scholz hat sich dazu öffentlich geäußert, denn er „verwies erneut darauf, dass in Deutschland mehr Asylverfahren beginnen würden als in jedem Mittelmeer-Anrainerstaat – obwohl die Bundesrepublik kaum EU-Außengrenzen habe und die Menschen beim Eintritt in die EU registriert werden müssten.“

Wie viele Jahre doch immer vergehen müssen, bevor ein derart offenkundiger Missstand von offizieller Seite festgestellt wird, ist immer wieder erstaunlich.

Und trotzdem hat diese Erkenntnis nicht dazu geführt, dass bspw. auf der Ministerpräsidentenkonferenz vom 15. Juni Beschlüsse gefasst wurden, die, ich zitiere: „zu einer Entlastung der Kommunen bei der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen führen würden“, wie der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg ausführte

Dabei nimmt die allgemeine Tendenz in Fluchtfragen sogar noch zu. Laut UNHCR sind zurzeit 110 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. So viele wie noch nie seit Beginn der Zählung. Eine "natürlich" Abnahme der Asylantragsteller ist also nicht zu erwarten, daher sollte man meinen, dass die Staaten Europas sich hier etwas einfallen lassen. Und zwar schnell.

Der "hart ausgehandelte Asylkompromiss" auf EU-Ebene ist dieser große Wurf aber sicher nicht. Nicht nur ist es ganz formell so, dass dieser Kompromiss erst einmal noch durch verschiedenste Gremien, wie bspw. das EU-Parlament muss, welche ihn weiter unterminieren und verwässern könnte. Sondern das Hauptproblem ist, dass hier lediglich ein Kontroll- und letztlich Verteilsystem geschaffen werden soll, ohne die Problematik der Armutszuwanderung an sich an der Wurzel zu packen. Nämlich, dass Europa gar nicht in der Lage ist, all dieser zu uns strömenden Menschen Herr zu werden. Zumindest dann nicht, wenn wir weiter ein halbwegs sicherer Kontinent mit der größtmöglichen individuellen Freiheit bleiben wollen.

Ganz praktisch wiederum hätte selbst dieser „Kompromiss“ frühestens in 2-3 Jahren praktische Auswirkungen in den Kommunen, da die nun zu schaffenden Anlagen überhaupt erstmal gebaut, Systeme installiert, Vorgänge eingeführt und das dafür notwendige Personal beschafft werden muss. Und all dies unter der Annahme, dass sich diese Leute überhaupt in Europa verteilen lassen. Warum jemand in Polen, Bulgarien oder der Slowakei bleiben wird, wenn er doch auch nochmal im wesentlich freigiebigeren Deutschland sein Glück versuchen

kann, und wenn es das 2.,3.oder 4.Mal ist, ist überhaupt nicht gesagt.

Ganz konkret und vor Ort hier in Magdeburg sind wir dann unter anderem mit folgenden Problemen konfrontiert. Rein monetär belaufen sich bspw. die Unterbringungskosten der Stadt im Bereich Asyl auf 16,7 Millionen, wobei wohl 2,5 Millionen nicht einmal vom Land erstattungsfähig wäre. Wobei das im Grunde keine Rolle spielt, weil das in unseren Augen alles der unsachgemäßen Vernutzung von Steuergeldern gleichkommt.

Derweil mussten schon wieder Zelte errichtet werden, weil man Platz- und Zuweisungsprobleme bekam. Dies bringt uns zu einem weiteren Grundproblem, nämlich einer Anspruchs- und Verweigerungshaltung einiger Personen, obwohl sie sogar schon einen Aufenthaltstitel haben. Ich zitiere: "Die beiden großen Städte Magdeburg und Halle berichteten, dass es auch immer wieder Fälle von Menschen gebe, die sich nach Zuweisung des Asylstatus weigerten, aus den Gemeinschaftsunterkünften auszuziehen. Einige sähen angesichts des Standards in den Unterkünften nicht die Notwendigkeit, in ein eigenes, unabhängiges Mietverhältnis zu wechseln. Hier müsse manchmal die "Einsicht zu einem Wohnungswechsel" forciert werden." – Was das konkret für die Leute bedeutet, die das dann „forcieren“ müssen, kann man sich lebhaft ausmalen.

Des Weiteren haben wir die ja nun allen bekannte Problemlage mit dem möglichen Umzug der Ausländerbehörde in die Neue Neustadt. Ein Stadtteil, dessen ursprüngliche Einwohner schon

seit langem den Eindruck haben müssen, dass ihr Wohl und Wehe den Stadtoberen ziemlich einerlei zu sein scheint, kommt jetzt auch noch in den Genuss dieser dann doch mit Konfliktpotenzial verbundenen Behörde. Einen zynischen Vorteil hätte dieser Umzug für die Stadt natürlich. Die langen Schlangen der Wartenden als Symbol massiv verfehlter Politik würde aus der Magdeburger Innenstadt in die Peripherie verlegt werden und nicht mehr so auffallen.

Wenn wir nun beim Themenbereich Asyl konstatieren müssen, dass Deutschland seit mittlerweile Jahrzehnten für Millionen ein attraktives Ziel ist, muss man im Bereich der echten, qualifizierten Fachkräftezuwanderung genau das Gegenteil konstatieren. Dies drückt sogar der Bericht des Beirates für Integration und Migration 2021 auf Seite 14 folgendermaßen aus: „Die Rückmeldungen der migrantischen Communities zeigen, dass teils enorme bürokratische Hürden bei der Arbeitsaufnahme und der Anerkennung von Berufsabschlüssen als Hemmschuh und letztlich Unlustfaktor für langfristiges Bleiben wirken.“

Nur, wer die Augen ganz, ganz fest zusammendrückt und sich zusätzlich noch die Ohren zuhält, kann diese Probleme nicht zur Kenntnis nehmen. Wir sind dazu nicht bereit und werden daher auch in Zukunft Anträge bringen, die dem Ganzen Einhalt gebieten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!